

Analyse der Programme zur Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2016

CDU	SPD	Linke	Grüne	FDP	AfD
<p>Schulen in freier Trägerschaft Für die CDU sind die Schulen in freier Trägerschaft sowohl im allgemeinbildenden Bereich als auch im Bereich der beruflichen Bildung eine notwendige und wünschenswerte Ergänzung des staatlichen Schulsystems. In der Vergangenheit haben sie sich auch oft als bildungspolitisches Korrektiv herausgestellt. Die CDU wird auch weiterhin dafür sorgen, dass die Schulen in freier Trägerschaft sowie ihre Schülerinnen und Schüler im Sinne des Grundgesetzes gleichberechtigt behandelt werden.</p> <p>Frühkindliche Bildung Wir fordern, dass der Bereich der frühkindlichen Bildung nunmehr vollständig in die Zuständigkeit des Bildungsministeriums fällt, zumindest aber eine deutlich bessere Verzahnung mit dem Grundschulbereich stattfindet. Die CDU steht für eine flächendeckende Versorgung mit Kindertagesstätten. Jede Familie soll sich einen Betreuungsplatz leisten können. Wir treten daher für eine deutliche Kostenentlastung der Familien ein. Familie und Beruf müssen miteinander vereinbar sein. Aus diesem Grund und weil die Zahl der Arbeitsplätze im Schicht- und Wochenenddienst gestiegen ist, brauchen wir mehr Kindertagesstätten, die auch an Randzeiten geöffnet haben, sowie Maßnahmen zur flexibleren Organisation von Arbeit. Angesichts des drohenden Fachkräftemangels im Bereich der Kindertagesstätten begrüßt die CDU die Bestrebungen, Erzieherinnen und Erzieher künftig im Rahmen einer dualen Ausbildung auszubilden.</p> <p>Inklusion Der CDU ist wichtig, dass alle Kinder ihren individuellen Fähigkeiten und Begabungen entsprechend gefördert</p>	<p>Frühkindliche Bildung Das erklärte Ziel der SPD ist die beitragsfreie Kita. Alle sich zukünftig ergebenden finanziellen Spielräume werden wir vorrangig für dieses Ziel nutzen. In der kommenden Wahlperiode wollen wir auf dem Weg dorthin weitergehen. Dazu werden wir ein 30-Millionen-Euro-Paket zur Entlastung der Eltern schnüren. Im nächsten Schritt werden wir die Elternbeiträge für die Krippe um weitere 50 Euro pro Monat absenken. Auch die Elternbeiträge für den Kindergarten werden wir (bis auf den bereits abgesenkten Beitrag im Vorschuljahr) um 50 Euro monatlich reduzieren. In einem weiteren Schritt sollen diejenigen zusätzlich entlastet werden, die für zwei oder mehr Kinder Beiträge für Krippe, Kindergarten, Hort oder Tagespflege zahlen. Das Land wird in diesen Fällen die Elternbeiträge für das zweite Kind zur Hälfte und ab dem dritten Kind vollständig übernehmen. Wir werden Initiativen vor Ort unterstützen, mit denen die Kinderbetreuung in den Randzeiten noch weiter an die Bedürfnisse der Eltern angepasst wird, zum Beispiel durch 24-Stunden-Kitas. Zudem wollen wir in den kommenden Jahren auch die außerschulische Betreuung (Hort, volle Halbtagsgrundschule) weiter verbessern. Hierzu gehört für uns z. B. eine professionelle Ferienbetreuung. Die Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten, Grundschulen und Horten wollen wir verbessern, indem wir sie systematisch zu regionalen Bildungslandschaften verbinden.</p> <p>Inklusion Wir stehen zu unserem Wort und werden auch nach der Wahl im Interesse unserer Kinder und Jugendlichen am „Inklusionsfrieden“ festhalten. Das vom Landtag beschlossene</p>	<p>Frühkindliche Bildung DIE LINKE will einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagesplatz in der Kita für alle Eltern. In einem ersten Schritt wollen wir dies für die 3 – 6-Jährigen gesetzlich verankern. Der Landesanteil an der Finanzierung ist so zu erhöhen, dass Eltern ganz von den Kosten befreit werden. In den kommenden fünf Jahren wollen wir jährlich einen Jahrgang der Kinder kostenfrei stellen. 2017 die sechsjährigen Vorschulkinder, 2018 die Fünfjährigen, 2019 die Vierjährigen und 2020 die Dreijährigen. DIE LINKE will, dass kurzfristig eine Fachkraft im Krippenbereich 5 statt wie bisher 6 und im Hortbereich 21 statt 22 Kinder zu betreuen hat. Langfristig verfolgen wir das Ziel, dass im Kindergartenbereich eine Fachkraft 12 statt bisher 15 Kinder und im Hort eine Fachkraft 18 statt wie bisher 22 Kinder individuell fördern kann. Dafür braucht es gut ausgebildete Fachkräfte. Die Ausbildungsplatzplanung des Landes ist den aktuellen Entwicklungen anzupassen. Gleichzeitig wollen wir Impulse setzen, Quereinstiege in den Beruf bzw. die berufsbegleitende Ausbildung zu erleichtern. Wir wollen das Kindertagesförderungsgesetz (Kifög) neu gestalten, damit auch in den Rand- und Nachtzeiten eine kindgerechte Betreuung der Kleinsten möglich ist. Eine Betreuung muss den Bedarf entsprechend für Eltern in Schichtdiensten ermöglicht werden.</p> <p>Inklusion Unser Ziel ist es, viele Kinder gemeinsam zu unterrichten, aber auch die derzeitigen Grenzen der Inklusion ehrlich zu erkennen. Nur, wenn sich die Gesellschaft insgesamt auf einen Weg des inklusiven Miteinanders begeben kann die Schule mit dieser Entwicklung schritthalten. Umfangreiche</p>	<p>Schulen in freier Trägerschaft Schulen in freier Trägerschaft ermöglichen eine größere Vielfalt und einen gesunden Wettbewerb um die besten Schulkonzepte. Inzwischen besuchen elf Prozent aller Schülerinnen und Schüler eine nichtstaatliche Schule. Immer mehr Berufsschulen in freier Trägerschaft übernehmen zahlreiche Ausbildungszweige, die das Land längst aufgegeben hat. Das Land spart dadurch über zehn Millionen Euro pro Jahr. Die freie Schulwahl darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Darum müssen die Finanzhilfen des Landes und die soziale Staffelung von Schulgeldern so gestaltet sein, dass niemand aus finanziellen Gründen vom Besuch einer Schule in freier Trägerschaft abgehalten wird.</p> <p>Wir wollen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • dass die freien Schulen nicht länger von der kostenlosen Schülerbeförderung ausgeschlossen werden. • alle Kosten staatlicher Schulen bei der Finanzhilfe für freie Schulen berücksichtigen. • freie Schulen nicht mehr jahrelang von zusätzlichen EU- und Bundesmitteln ausschließen. • die Finanzhilfe für berufliche Schulen, die Berufe mit Fachkräftemangel (Mangelberufe) ausbilden, erhöhen. • Genehmigungshürden abbauen. • eine bessere Zusammenarbeit von öffentlichen und freien Schulen für ein optimales Schulnetz. <p>Frühkindliche Bildung Das Kindertagesstättenförderungsgesetz (Kifög) muss überarbeitet werden. Wir wollen, dass:</p> <ul style="list-style-type: none"> • das Mitspracherecht der Eltern gestärkt werden soll, indem das Bilden von Elternräten auf Kreis- und Landesebene unterstützt wird und im Rahmen der ehrenamtlichen Tätigkeit diese zu fördern. 	<p>Schulen in freier Trägerschaft Wir Freien Demokraten werden - uns für die vollständige, insbesondere finanzielle Gleichberechtigung von staatlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft einsetzen.</p> <p>Frühkindliche Bildung Wir werden dafür eintreten, die Zuständigkeit für Kindertageseinrichtungen als Bildungseinrichtungen dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur zu übertragen. Wir setzen uns für ein Angebot flexibler Betreuungszeiten ein, damit Eltern Familie und Beruf sinnvoll vereinbaren können. Wir wollen mehr Bildungsqualität durch kleinere Gruppen und weniger Bürokratie fördern und daher den für Mecklenburg-Vorpommern festgelegten Betreuungsschlüssel schrittweise senken. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass insbesondere die Leiter von Kindertagesstätten möglichst über einen Fachhochschulabschluss verfügen. Wir wollen uns für die betriebliche Ausbildung der Erzieher mit Lehrlingsentgelt einsetzen. Wir wollen einen fairen Wettbewerb unterschiedlicher Träger in der Kindertagesbetreuung sicherstellen.</p> <p>Allgemeinbildung Wir werden</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Aufhebung der örtlichen Zuständigkeiten von Schulen, einen verbesserten Schülerverkehr und die Entlastung von bedürftigen Eltern forcieren, um eine freie Schulwahl zu garantieren. - uns zur Sicherung der Qualität für bundeseinheitliche Bildungsstandards und zentrale Prüfungen aussprechen. - uns für die Förderung und Verbesserung von außerschulischen Angeboten, wie weitergehende musikalische oder sportliche Angebote einsetzen. 	<p>Frühkindliche Bildung Wir stehen für echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung. Es gibt sowohl gute Gründe für die frühkindliche Erziehung in der Familie als auch später für das Spielen und Lernen mit anderen Kindern. Eine Kindergartenpflicht lehnen wir als freiheitliche Partei ab. Die Betreuung und Erziehung im Kindergarten bildet eine Aufgabe des Landes und soll für alle Familien kostenfrei sein. Mecklenburg-Vorpommern weist im Bundesvergleich der Kindergärten das schlechteste Betreuungsverhältnis auf. Deshalb fordern wir die Einstellung einer angemessenen Zahl an gut qualifizierten Kindererziehern. Die staatlichen Zahlungen für Kita-Plätze sollen über landesweit einheitliche Gebührenpauschalen erfolgen, die den Grundbedarf der Träger decken. Darüber hinausgehende Angebote müssen die Kitas selbst erwirtschaften. Dies fördert auch den Wettbewerb zwischen den Einrichtungen. Bereits das Lernen im Kindergarten stellt die Weichen für den späteren Bildungserfolg. Neben der familiären Ermutigung zum Lernen und Streben benötigen wir fachlich und pädagogisch gut ausgebildete Erzieher, um die Interessen und Fähigkeiten der Kleinen zur Entfaltung zu bringen. Wir müssen den Betreuungs-schlüssel dringend verbessern, damit jedes Kind individuell gefördert werden kann.</p> <p>Bildung Die AfD tritt deshalb für ein bundesweit einheitliches Bildungssystem auf höchstem Niveau ein. Als ersten Schritt fordern wir die weitere Angleichung der Prüfungsleistungen und Bildungsabschlüsse. Die AfD steht für ein leistungsorientiertes mehrgliedriges Schulsystem. Wir wollen Talente fördern und Leis-</p>

<p>werden. Das Wohl jedes einzelnen Kindes muss oberste Priorität haben. Wichtig bei der Umsetzung der Inklusion ist uns der Elternwille. Er muss bei allen Entscheidungen Beachtung finden. Die ausreichende Finanzierung der Schulträger muss ebenfalls berücksichtigt werden. Die CDU fordert Inklusion mit Augenmaß. Kinder, die besonders förderbedürftig sind, müssen auch künftig die Möglichkeit haben, an spezialisierten Schulen unterrichtet zu werden. Die CDU steht dafür, nicht alle Kinder in einer Schule zu beschulen, sondern jedem Kind die passende Schule zu ermöglichen.</p> <p>Schülerbeförderung Für die CDU ist die Schulwahlfreiheit ein hohes Gut. Eltern sollen auch über Kreisgrenzen hinweg selbst entscheiden dürfen, wo ihr Kind zur Schule geht – egal, ob es sich um eine staatliche Schule oder um eine Schule in freier Trägerschaft handelt. Die Schülerbeförderung muss dabei bezahlbar sein und sie hat die zumutbaren Wegezeiten einzuhalten. Die CDU setzt sich für eine flexiblere Lösung bei der Festlegung der örtlich zuständigen Schule ein, um den Schulweg zu verringern. Diese Lösungen sollen kreisübergreifend funktionieren.</p> <p>Sonstiges Wir wollen, dass jede Schülerin und jeder Schüler die Schule mit einem Abschluss verlässt. Die CDU plädiert für mehr Deutschunterricht an Grundschulen und für die Stärkung der Orthografiekenntnisse. Die Konzentration auf die Fächer Deutsch, Mathematik und Englisch bei gleichzeitiger Verbesserung der Medienkompetenz bereitet Grundschülerinnen und Grundschüler bestmöglich auf weiterführende Schulen vor. Wir machen uns zudem dafür stark, dass Schülerinnen und Schüler Informatikunterricht erhalten, sobald ausreichend Kenntnisse vorhanden sind, die diesen sinnvoll machen. Zugleich plädieren wir dafür, dass Brand- und Katastrophenschutz sowie Erste Hilfe zu Wahlpflichtfächern werden. Die CDU plädiert ferner für den Erhalt kleiner Schulstandorte, für die Senkung des Unterrichtsausfalls und für</p>	<p>Inklusionskonzept werden wir Schritt für Schritt umsetzen. Bis 2020 werden wir 240 Lehrstellen für Inklusion zusätzlich zur Verfügung stellen. Dies entspricht langfristig jährlichen Ausgaben von bis zu 18 Mio. Euro für die Zukunft unserer Kinder.</p> <p>Schülerbeförderung Mit der Änderung des Schulgesetzes im Jahre 2015 wurde an Mehrfachstandorten im gesamten Land, auch an den Grundschulen, die Schulwahlfreiheit eingeführt. Als nächsten Schritt wollen wir auch in den kreisfreien Städten Rostock und Schwerin die Eltern von den Kosten der Schülerbeförderung befreien, wenn ihre Kinder zur örtlich zuständigen Schule mehr als 2 km (Grundschule) bzw. 4 km (weiterführende Schule) zurücklegen müssen.</p> <p>Sonstiges Wir wollen auch über das Jahr 2020 hinaus ein flächendeckendes Angebot insbesondere der Schulsozialarbeit sicherstellen. Darüber hinaus werden wir dafür Sorge tragen, dass Schulbaumittel des Landes nach einem abgestimmten Gesamtkonzept investiert werden. Dabei muss es auch unser Ziel sein, die Attraktivität der staatlichen Schulen weiter zu stärken. Wir werden mit bis zu fünf Mio. Euro jährlich den Ausbau der Ganztagschulen voranbringen. Die Grundschulen stellen hierbei einen besonderen Schwerpunkt dar. Auch eine bessere Abstimmung zwischen Hort und Grundschule ist hierfür erforderlich. Alle Ganztagschulen sollen sich Schritt für Schritt hin zu inklusiven Ganztagschulen mit multiprofessionellen Teams entwickeln. Wir werden uns weiterhin konsequent für ein vergleichbares Abitur in Deutschland einsetzen. Hierzu gehören nicht nur die Prüfungen, sondern daneben auch Angleichung von Rahmenplänen und Stundentafeln.</p> <p>Berufliche Bildung Wir prüfen, inwieweit Berufsausbildungen mit Abitur sowie duale Studiengänge dazu beitragen können, den Stellenwert der dualen Berufsausbildung zu erhöhen.</p>	<p>Fortbildungen für die Lehrkräfte gehören genauso zu den Voraussetzungen für ein gemeinsames Lernen wie eine Stundenausstattung, in der ein differenziertes und gemeinsames Lernen und Üben möglich ist. Wir halten eine verbesserte Stundenausstattung der Schulen für notwendig. Die Stunden des Wahlpflichtbereiches sind zu nutzen, um die Lernbedingungen auch dem unterschiedlichen Leistungs- und Entwicklungsstand der Kinder und Jugendlichen anzupassen. So entstehen zusätzliche Übungsangebote, in denen Lücken geschlossen werden oder Stärken gefördert werden können.</p> <p>Schülerbeförderung Beim Öffentlichen Personenverkehr sind Verwaltungsgrenzen und verschiedene Zuständigkeiten zu überwinden. Wir fordern eine kostenlose Schülerbeförderung für alle Schülerinnen und Schüler zur örtlich zuständigen Schule, zur Berufsschule, zu überregionalen Landesfachklassen sowie zur Fahrt in die Landesfachklassen. Die zwei und vier Kilometerbeschränkung lehnen wir ab. Langfristig soll der Öffentliche Personenverkehr für Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren kostenfrei sein. Perspektivisch will DIE LINKE alternative Finanzierungsmethoden wie eine Flatrate prüfen.</p> <p>Sonstiges Wir brauchen eine bessere Zusammenarbeit von Schule und Hort. Der Betreuungsschlüssel im Hort muss spürbar verbessert werden. Formen der integrativen Hortbetreuung sollten eingeführt werden. Kinder sollen auch in den Ferien einen Anspruch auf eine ganztägige Hortbetreuung und nicht nur auf sechs Stunden täglich haben. Im Jahr 2021 wollen wir die Kostenbeteiligung der Eltern für alle Hortkinder abschaffen. Die neunjährige Schulpflicht ist nicht mehr zeitgemäß. Sie muss genauso überwunden werden wie die mangelnde Durchlässigkeit innerhalb des Schulwesens. Unser Land muss weg von dem Versuch, durch Schulzeitverkürzung Geld zu sparen, statt Bildung zu gewinnen. Darum</p>	<ul style="list-style-type: none"> • der Betreuungsschlüssel in der Krippe und im Hort gesenkt wird, da für Kinder mit Inklusionsbedarf nicht geklärt ist, wie die Inklusion hier erfolgen soll. • die Erzieherinnen- und Erzieher-Ausbildung verbessert und an internationale Standards angepasst werden muss. Dafür wollen wir eine dual orientierte Ausbildung schaffen, welche die bisherige schulische Ausbildung ablösen soll. Parallel wollen wir auch im Land bereits bestehende Studienangebote wie Early Education ausbauen. • Erzieherinnen und Erzieher, sowie Tagesmütter und Tagesväter kontinuierlich weitergebildet werden müssen, etwa zum Umgang mit traumatisierten Flüchtlingskindern und ihren Eltern. • es das Ziel sein muss Kitaplätze kostenfrei in MV anzubieten. <p>Darüber hinaus wollen wir auch neue Ansätze verfolgen und • die gesunde Kita-Verpflegung durch ein Landesprogramm fördern. Die Verpflegung muss dabei die Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung erfüllen.</p> <p>Inklusion Wir wollen für die Inklusion pro Jahr 35 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stellen, um folgende Maßnahmen zu finanzieren:</p> <ul style="list-style-type: none"> • 300 zusätzliche Stellen an den Schulen schaffen. • ein Landesbauprogramm „Moderne inklusive Schulen“ für Neubauten und Sanierungen auflegen, damit alle Schulen barrierefrei zugänglich sind. • mehr Fortbildungsangebote für Lehrkräfte anbieten, damit alle auf das Unterrichten von beeinträchtigten Kindern vorbereitet sind. • die Inklusionspädagogik im Lehramtsstudium stärken. <p>Jede Schule muss daher die Möglichkeit haben:</p> <ul style="list-style-type: none"> • bei Bedarf zwei Lehrkräfte gleichzeitig in einer Klasse einzusetzen (Vier-Augen-Prinzip). • Unterricht auf verschiedenen Niveaus gemäß der Leistungsstände in einer Klasse anzubieten (sogenannte Binnendifferenzierung). 	<ul style="list-style-type: none"> - uns dafür einsetzen, dass Schulen in Eigenverantwortung Lerngruppen- und Klassenrößen festlegen können, die ein alters- und sachgerechtes Lernen ermöglichen. - die gleichberechtigte individuelle Förderung von schwachen und starken Schülern befördern. - uns für die Erleichterung von Spendeneinnahmen, Sponsoring und Mäzenatentum für alle Schulen aussprechen. - uns für den Erhalt kleiner Schulen auf dem Lande ebenso wie für die Vielfalt der Schullandschaft aus Grundschulen, Regionalen Schulen, Gesamtschulen, Gymnasien und zusätzlichen Förderschulen einsetzen. - uns für die Stärkung der Themen Wirtschaft und Beruf einsetzen, um das Bewusstsein für sich bietende Chancen, Unternehmertum und individuelle Vorsorge zu erhöhen. <p>Berufliche Bildung Die beruflichen Schulen brauchen mehr Selbstständigkeit beim flexiblen Einsatz von Lehrern und bei der Nutzung der Lehrerstundenbudgets. Das Angebot an Aus-, Fort- und Weiterbildung für Berufsschullehrer ist stark zu erweitern und den tatsächlichen Bedürfnissen anzupassen. Das Qualitätsmanagement-System in der beruflichen Bildung muss dabei auch die Personalentwicklung erfassen.</p> <p>Wir Freien Demokraten werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - uns für eine Erhöhung der Attraktivität der Beruflichen Bildung einsetzen – durch elternunabhängige Zuschüsse zu Fahrten und Unterbringung im regionalen Bereich, durch die Gleichstellung von Auszubildenden und Abiturienten und unter anderem auch durch unentgeltliche Nutzung moderner Lehr- und Lernmittel. Dafür orientieren wir uns an erfolgreichen Beispielen aus der Wirtschaft. - uns dafür einsetzen, dass Schulen in Eigenverantwortung Lerngruppen- und Klassenrößen festlegen können, die ein alters- und sachgerechtes Lernen ermöglichen. - uns für ein aktives Personalentwicklungskonzept stark machen, welches den Lehrern eine verlässliche Planung ihrer beruflichen Entwicklung ermöglicht. 	<p>tung fordern. Wir wehren uns entschieden gegen das Senken von Notenstandards. Die Orientierungsstufe in der 5. und 6. Klasse hat sich nicht bewährt. Sie reißt Kinder nach kurzer Zeit wieder aus dem Klassenverband. Wir stehen für den Beginn der weiterführenden Schule ab Klasse 5. Die Betonung von Naturwissenschaften und Technik im Polytechnischen Unterricht der DDR war richtig und sollte Vorbild für unser heutiges Bildungssystem sein. Dazu brauchen wir von Schulen und Betrieben gemeinsam organisierten Praxis-Unterricht. Der massive Unterrichtsausfall muss dringend der Vergangenheit angehören. Wir setzen uns für die Einstellung von mehr Lehrern ein. Kopfnoten halten wir für notwendig, um den Schülern die Bedeutung von sozialen Kompetenzen zu vermitteln. Auch fordern wir eine stärkere Wertschätzung der Disziplin. Lehrer müssen wieder in die Lage versetzt werden, auf störende Schüler durch geeignete pädagogische Maßnahmen sofort und unmissverständlich einzuwirken. Wegen der sinkenden Kinderzahlen sind immer mehr Schulstandorte von der Schließung bedroht. Die AfD hält jedoch insbesondere für Grundschüler ein wohnortnahes Schulangebot für wichtig. Wir fordern, auch kleine Grundschulen zu erhalten. Um den Aufwand zu minimieren, können die Standorte als Abteilungen größerer Schulverbände mit einer zentralen Schulleitung organisiert werden. Für die Gebäude sind auch private Trägerschaften zu prüfen. Die AfD setzt sich für die Einführung einheitlicher Schulkleidung ein. Diese schafft Identität mit der Schule und sorgt dafür, dass soziale Unterschiede keine Rolle mehr spielen. Eltern und Schüler sollen an jeder Schule demokratisch darüber entscheiden können. Ziel des Abiturs muss wieder die Studierfähigkeit, nicht die möglichst große Zahl an Absolventen sein. Für den Zugang zu den Gymnasien sind Eignungstests durchzuführen.</p>
---	---	--	--	---	---

<p>das Absenken von Klassengrößen. Dies wird nur mit mehr Lehrerstellen zu machen sein. Die CDU steht dafür, dass die Jugend- und Schulsozialarbeit auch nach einem möglichen Ende der EU-Förderung weiterfinanziert wird.</p> <p>Berufliche Bildung Zur Sicherung des Fachkräftebedarfs haben wir uns –gegen anderslautende Bestrebungen aus Brüssel – auch für den Erhalt der Meisterqualifikation und die Stärkung der dualen Ausbildung ausgesprochen. Erfolgreiche Kampagnen wie „Durchstarten in MV“ und „Besser ein Meister“ wollen wir fortführen. In enger Abstimmung mit den zuständigen Kammern werden wir versuchen, Studienabbrecher für eine Ausbildung zu gewinnen. Deswegen ist die Stärkung der beruflichen Ausbildung dringend erforderlich. Junge Menschen werden sich auch dann wieder stärker für eine Berufsausbildung interessieren, wenn sowohl vollzeitschulische Ausbildungsgänge als auch duale Ausbildungsgänge vom Land stärker finanziell unterstützt werden, z. B. durch praktikable Lösungen beim Fahrkostenzuschuss und bei der Übernahme von Unterbringungskosten. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Handwerkskammern und die Industrie- und Handelskammern die Möglichkeit erhalten, Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Unterrichts über das Angebot im Bereich der Berufsausbildung zu informieren. Die CDU ist dafür, dass möglichst viele Berufsschulen die Chance erhalten, mit dem Abschlusszeugnis zusammen das Abitur zu verleihen. Wir setzen uns dafür ein, dass möglichst viele Berufsschulen entsprechend aufgewertet werden. Die Produktionsschulen sollen rechtlich aufgewertet werden und brauchen langfristig eine gesicherte finanzielle Perspektive.</p> <p>Integration Die Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Beschulung von Flüchtlingskindern müssen verbessert werden. Die CDU setzt sich deswegen dafür ein, dass an Schulen verstärkt die</p>	<p>Es ist unser Ziel, die verbliebenen beruflichen Schulen in ihrer heutigen Struktur langfristig zu sichern und die Voraussetzungen für eine erhöhte Planungssicherheit zu schaffen. Hierzu wollen wir mit Experten aus der Schulpraxis, der Wissenschaft und der Wirtschaft das heutige Schulnetz überprüfen und gemeinsam Wege beschreiben, um die Qualität der beruflichen Bildung zu sichern und zu erhöhen. Die Unterstützung von Berufsschülerinnen und Berufsschülern bei den Fahrt- und Unterkunftskosten, wenn die Ausbildung mit weiten Wegen verbunden ist, werden wir fortsetzen. Wir unterstützen eine schulgeldfreie Ausbildung aller Beschäftigten im Pflegebereich.</p> <p>Integration Zur guten Integration von Kindern mit Migrationshintergrund werden wir die Sprach- und Kulturkompetenz der Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen erhöhen. Wir wollen den Flüchtlingen, die bei uns bleiben wollen und dürfen, einen guten Start in Mecklenburg-Vorpommern ermöglichen. Dazu gehört das Erlernen der deutschen Sprache ebenso wie die gelungene Integration in Kitas, Schulen und den Arbeitsmarkt.</p> <p>Arbeitsmarkt Die SPD richtet ihre Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik auf den ersten Arbeitsmarkt aus, ohne die besonderen Bedürfnisse vor allem von Langzeitarbeitslosen aus den Augen zu verlieren. Der beste Schutz vor späterer Arbeitslosigkeit ist eine fundierte berufliche Ausbildung.</p>	<p>fordern wir für jede Schülerin und jeden Schüler die Einführung einer zehnjährigen Schulpflicht. Damit wollen wir die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Bildungsgängen erhöhen. Für DIE LINKE ist dies ein erster Schritt hin zur tatsächlichen Überwindung der Dreigliedrigkeit des Schulwesens. In allen Schularten muss der Ausfall reduziert werden. Deswegen fordern wir ein Vertretungsbudget für jede Schule, in einem Umfang von jeweils einer Wochenstunde pro tätiger Lehrkraft als variable Stunde. Somit können sofort Vertretungsmaßnahmen an der eigenen Schule eingeleitet werden, ohne Mehrarbeit der Lehrkräfte zu erhöhen. Wir wollen ein flächendeckendes Netz von allgemeinbildenden Schulen gewährleisten. Dies ist auch die Voraussetzung für ein inklusives Lernen. Deshalb fordern wir die Herabsetzung der Schüler/innen-Mindestzahl in Eingangsklassen. Die Schülerzahl der ersten Jahrgangsstufe an Grundschulen soll an Einzelstandorten von 20 auf 15 und an Mehrfachstandorten von 40 auf 35 reduziert werden. Für die fünfte Jahrgangsstufe soll die Schüler/innen-Mindestzahl von 36 auf 30 reduziert werden. Um dann diese Schulen insgesamt zu stärken, wollen wir an den betreffenden Standorten die Bildung von Schulzentren ermöglichen. Wenn Mecklenburg-Vorpommern attraktiv für Lehrerinnen und Lehrer werden soll, muss die Arbeitsbelastung schrittweise gesenkt werden. DIE LINKE will die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte an den Berufsschulen um eine Stunde wöchentlich senken. Zeitgleich werden die Grundschullehrkräfte um eine halbe Unterrichtsstunde entlastet. In einem zweiten Schritt wollen wir die Arbeitszeit für die Lehrkräfte an den Regionalen Schulen, Gesamtschulen und Gymnasien um jeweils eine Wochenstunde reduzieren. Mitglieder von Schulleitungen sollen mindestens zwei zusätzliche Anrechnungsstunden pro Woche erhalten. DIE LINKE will für Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer die Gehaltsanpassung an die Bezüge der</p>	<ul style="list-style-type: none"> • die Teamarbeit aus Lehrkräften, Inklusionspädagoginnen und -pädagogischen sowie Personal mit sonderpädagogischer Aufgabenstellung zu koordinieren (Multiprofessionalität). <p>Wir plädieren für die Einführung von „Kompetenzzeugnissen“ für jedes Fach, in denen der konkrete Stand der notwendigen Fähigkeiten und Kenntnisse erfasst wird. Zudem soll jede Grundschule durch Beschluss der Schulkonferenz selbständig entscheiden können, ob sie ab Klasse 2 Ziffernoten vergibt oder diese vollständig durch Kompetenzzeugnisse ersetzt. Wir wollen die Abschaffung des angeordneten „Sitzenbleibens“. Eine freiwillige Klassenwiederholung soll aber weiterhin möglich bleiben.</p> <p>Schülerbeförderung Im Jahr 2009 hat die Große Koalition aus SPD und CDU vielen Schülerinnen und Schüler den Rechtsanspruch auf eine kostenlose Beförderung zur Schule gestrichen. Ausgeschlossen wurde, wer die freie Schulwahl in Anspruch nimmt und eine andere staatliche oder freie Schule als die „örtlich zuständige“ besucht. Diese Ungerechtigkeit wollen wir umgehend beenden. Das Recht auf freie Schulwahl darf nicht durch finanzielle Hürden ausgehebelt werden! In Rostock und Schwerin schließt das Schulgesetz sogar alle Schülerinnen und Schüler vom Recht auf eine kostenlose Beförderung zur Schule aus. Wir wollen, dass auch in Rostock und Schwerin ab einer Mindestentfernung zur Schule das Recht auf kostenlose Beförderung gilt. Wir wollen dafür sorgen, dass die Fahrtkosten maximal bis zu der Höhe erstattet werden, die für den Weg zur örtlich zuständigen Schule entstanden wären. Wir wollen, dass durch die Leistung eines geringen Eigenbeitrages ein Schülerticket erworben werden kann, das unabhängig vom Fahrtgrund zu landesweiten Fahrten im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und Bahnverkehr berechtigt.</p> <p>Sonstiges Wir wollen ein flexibles Kurssystem in der gymnasialen Oberstufe schaffen,</p>	<ul style="list-style-type: none"> - die effiziente Vermittlung von Lehrstellen einfordern. - uns für Perspektiven auf attraktive Gehälter, Karrierewege und Arbeitsbedingungen für Lehrer mit maximal 25 Unterrichtsstunden pro Woche einsetzen. - uns bei der Neustrukturierung in Regionale Berufliche Bildungszentren (RBB) für den selbstständigen Status des Berufsschulförderzentrum (BSFZ) aussprechen. - feste Bezugspersonen und erweiterte Mittel für sonderpädagogische Aufgaben einsetzen. - am dualen Ausbildungssystem als Regelfall der Berufsbildung festhalten. Wir werden uns für eine kostenfreie, qualitativ wertigere und weiterhin spezialisierte (Pflege-) Ausbildung und für mehr Männer, Zuwanderer und Quereinsteiger in Gesundheits- und Sozialberufen stark machen. <p>Lehrerberuf anerkennen Wir Freien Demokraten werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - uns für eine leistungsgerechte Eingruppierung von Lehrern einsetzen. - mehr Berufsausbildungen von Berufsschullehrern in Mecklenburg-Vorpommern einfordern. - für Qualifizierungsangebote für Quer- und Seiteneinsteiger eintreten. - Weiterbildungsmaßnahmen zur Erweiterung der Lehramtsabschlüsse durch zusätzliche Fächer fördern. - eine bundesweite Abschaffung des Beamtentums im Bildungswesen unterstützen. - uns für eine deutlich stärkere Praxisorientierung der Lehrerbildung einsetzen. - die angemessene Eingruppierung von Lehrern und Quereinsteigern in allen Schulformen umsetzen. - uns für leistungsabhängige Zulagen und Aufstiegsmöglichkeiten für Lehrer einsetzen, um besonderes Engagement zu honorieren. - uns für eine Begrenzung der Unterrichtsverpflichtung von Lehrern aller Schularten auf 25 Stunden je Woche einsetzen, damit Lehrern mehr Zeit zur Erfüllung von Erziehungsaufgaben verbleibt. - uns für ein Lehramtsstipendium stark machen, um den Lehrermangel 	<p>Inklusion Für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf wollen wir die Förderschulen beibehalten. In Einzelfällen kann Inklusion sinnvoll sein, die flächendeckende Inklusion mit zu wenig Lehrpersonal jedoch verringert sowohl die Chancen der zu fördernden Kinder als auch die der lernstarken Schüler.</p> <p>Schülerbeförderung Wir stehen für ein landesweit einheitliches Schülerbeförderungsgesetz. Die Beförderung soll für alle Schüler staatlicher und privater Schulen kostenlos erfolgen.</p> <p>Berufliche Bildung Um die duale Berufsausbildung beneidet uns die Welt. Mit Sorge sehen wir jedoch die immer schlechtere Vorbildung der Lehrlinge, die den Ausbildungserfolg erschwert. Die Abbrecherquote liegt in Mecklenburg-Vorpommern überdurchschnittlich hoch. Das Bildungssystem muss dringend wieder grundlegende Kompetenzen vermitteln, um die jungen Menschen ausbildungsfähig zu machen. Für bessere Ausbildungsbedingungen wollen wir die Fahrten zur Berufsschule und den Kauf von Lernmitteln fördern.</p>
---	--	---	--	--	---

<p>deutsche Sprache vermittelt wird. Allen Kindern müssen Werte und Normen unserer christlich-jüdisch-abendländisch geprägten Gesellschaft, kulturelle Traditionen und Grundkenntnisse der Verfassung, insbesondere der parlamentarischen Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, vermittelt werden. Das Erlernen der deutschen Sprache muss kontinuierlich erfolgen; auch nach den bisherigen Intensivkursen muss die Sprache begleitend vermittelt werden.</p> <p>Die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland ist ein zusätzliches Erfahrungspotenzial, das das bereits vorhandene Arbeitskräftepotenzial ergänzt. Wer nach Deutschland gekommen ist, eine Festanstellung vorweisen kann und sich erfolgreich in die Gesellschaft integriert, soll ebenfalls die Chance erhalten, langfristig in Deutschland zu bleiben. Das Anerkennungsverfahren der Berufs- und Studienabschlüsse muss deutlich gestrafft werden.</p> <p>Arbeitsmarkt</p> <p>Die Arbeitslosigkeit von Menschen, die über einen längeren Zeitraum Schwierigkeiten haben, einen Arbeitsplatz zu finden, wird durch den insgesamt erfreulichen Rückgang der Arbeitslosigkeit sichtbar. Damit diesen Menschen die Chance auf einen Arbeitsplatz geboten wird, müssen entsprechende Arbeitsplätze verstärkt staatlich subventioniert werden. Hierüber muss mit geeigneten Betrieben verhandelt werden.</p>		<p>Lehrkräfte im weiterführenden Schulbereich durchsetzen.</p> <p>Berufliche Bildung</p> <p>Der Erhalt der Berufsschullandschaft ist für uns – gerade im Hinblick auf den enormen Fachkräftebedarf - ein wichtiges Anliegen. Wir fordern, keine weiteren Standortschließungen für Berufsschulen zuzulassen und die Einführung von „Kleinen Berufsschulen im ländlichen Raum“. Diese sollen auch mit einer Anzahl von ca. 500 Schülerinnen und Schülern arbeiten dürfen.</p> <p>DIE LINKE fordert an den Beruflichen Schulen die Bildung kleinerer Klassen. Wir fordern die Senkung der Schüler/innen-Mindestzahl von 20 bzw. 22 auf maximal 16 bzw. 18.</p> <p>Um dem herrschenden Fachkräftemangel in der Pflege zu begegnen, wollen wir ein Sofortprogramm für die Pflege und die Pflegeausbildung durchsetzen. Besonders vordringlich sind die Abschaffung des Schulgeldes für die Pflegeausbildung, die Verbesserung der Ausbildungsqualität, ein besserer Personalschlüssel für stationäre Pflegeeinrichtungen und die Angleichung des Pflegemindestlohns auf das Niveau der alten Bundesländer. Damit wollen wir 2.500 zusätzliche Auszubildende in den nächsten Jahren für den Pflegeberuf gewinnen.</p> <p>Die staatliche Berufsausbildung in der Pflege muss ausgebaut werden. Mecklenburg-Vorpommern hat in diesem Bereich eine Vielzahl von Berufen, die in der Zukunft verstärkt nachgefragt werden. Deshalb muss sich das Land seiner Bildungsverantwortung bewusstwerden und diese Berufe zurückgewinnen.</p> <p>Integration</p> <p>Mit Blick auf die demografischen Veränderungen sind die vielen jüngeren Zuwanderer eine große Chance, um offene Ausbildungsplätze und Beschäftigungsangebote zu besetzen. Daher will DIE LINKE ihnen zügig Deutschkurse eröffnen. In einem Testverfahren sollen ebenso schnell ihre Kompetenzen festgestellt werden. Darauf müssen passgenaue Beschäftigungsangebote wie Praktika, Ausbildung oder Arbeit folgen. Es gilt jetzt zu investieren, um Integration zu</p>	<p>mit dem Ziel das Abitur wahlweise nach 12 oder 13 Schuljahren abzulegen.</p> <p>Wir wollen die Rechte der Städte und Gemeinden bei der Schulplanung stärken.</p> <p>Wir wollen die Zahl der Studienplätze und Lehrkräfte für die Lehramtsausbildung in Rostock und Greifswald erhöhen und bedarfsgerecht steuern; allen Absolventinnen und Absolventen einen Referendariatsplatz im ersten Jahr nach Abschluss des 1. Staatsexamens garantieren; das Lehramtsstudium durch ein Schulsemester praxisnäher gestalten und im Gegenzug das Referendariat um ein halbes Jahr verkürzen.; Lehrkräfte unterstützen, indem die Schulsozialarbeit auch über 2020 hinaus an allen Schulen im Land gesichert wird.</p> <p>Berufliche Bildung</p> <p>Wir fordern eine verbesserte, verbindliche Berufsorientierung durch Praktika und Berufsorientierungstage in allen Schulformen ab Klasse 7, an Gymnasien auch gleichberechtigt neben der Studienorientierung.</p> <p>Wir wollen eine möglichst wohn- oder ausbildungsnaher Beschulung, denn sie hält die Fahrtzeiten und -kosten für die Auszubildenden gering und erhöht so die Attraktivität der Berufsausbildung. Wir sprechen uns gegen eine weitere Zentralisierung der Berufsschulstandorte aus und setzen uns für eine Absenkung der Mindestschülerzahl ein.</p> <p>Wir werden uns dafür einsetzen, dass:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die verbindliche Berufsorientierung an allen Schulen ab Klasse 7 zum Standard wird. • Berufsschulen nicht weiter zentralisiert werden, sondern möglichst flächendeckend erhalten werden und der Unterricht um Fernlernangebote ergänzt wird. • der Pool an Vertretungslehrkräften ausgebaut wird. • sich sonderpädagogische Förderung an Berufsschulen etabliert. • der Unterricht in Form modularer Kurse angeboten wird. • gezielt Berufsschullehrer und -lehrerinnen angeworben werden. 	<p>in betroffenen Fächern zielgenau zu bekämpfen.</p> <p>- für Berufsschullehrer mindestens drei Weiterbildungstage in den Ausbildungsbetrieben einführen.</p>	
---	--	---	--	--	--

		<p>befördern und das Entstehen von Parallelgesellschaften zu verhindern.</p> <p>Arbeitsmarkt Die Landesarbeitsmarktpolitik muss künftig noch stärker zielgruppenorientiert ausgerichtet werden. Um dies dauerhaft zu finanzieren, müssen passive Leistungen wie Regelsatz und Kosten der Unterkunft zur Finanzierung von Arbeit genutzt werden. In den Bereichen Kultur, Umwelt, Sport und Soziales gibt es genug Arbeit. Dieses Potential wollen wir heben und in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit wieder Möglichkeiten für öffentlich-geförderte Beschäftigung schaffen. DIE LINKE will junge Arbeitslose in Unternehmen fördern. Für über 55-jährige Arbeitslose will DIE LINKE ein Projekt Gemeinwohlarbeit initiieren. Diese Arbeitsplätze sollen freiwillig sein und tariflich oder ortsüblich entlohnt werden. Diese Gemeinwohlarbeit soll insbesondere Arbeitsmöglichkeiten schaffen, die von den Kommunen wegen fehlender finanzieller Spielräume nicht angeboten werden können und die für private Unternehmen nicht profitabel sind.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • ein kostengünstiges Azubiticket für die Wege zur Berufsschule eingeführt wird. • höhere Zuschüsse für Unterbringungskosten gewährt werden, wenn Auszubildende wegen der langen Wege am Ort der Berufsschule übernachten müssen. <p>Das Land muss die Ausbildung unterstützen. Das heißt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • ein „Ausbildungsticket“ schaffen, mit dem junge Menschen, die sich nach der schulischen in einer beruflichen Ausbildung befinden, oder die einen Freiwilligendienst (FSJ, FÖJ, BFD) ableisten, zu ihren Schulen, Hochschulen sowie ihren Ausbildungs- und Einsatzstätten landesweit kostenlos den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und Bahnverkehr nutzen können. • die Möglichkeit schaffen, das „Ausbildungsticket“ durch Leistung eines geringen Eigenbetrages für landesweite Fahrten im ÖPNV und Bahnverkehr auch zur sonstigen Nutzung im Privat- und Freizeitbereich freizuschalten. • wir wollen Eltern- und Schülervertretungen, sowie Kammern und Gewerkschaften zusammenbringen, um verschiedene Konzepte zur Berufsorientierung zu diskutieren. • die Ausbildung in Modulen organisieren, um Ausbildungswechsel zu erleichtern. • Teilzeit-Ausbildungen mit einer Dauer von bis zu fünf Jahren zulassen. • berufsbegleitende Sprachkurse für zugewanderte Auszubildende als Regelangebote. • wir wollen Betriebe zertifizieren, die sich bei der Ausbildung verdient gemacht haben. <p>Integration Wir wollen die Kapazitäten für die Lehramtsausbildung „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ) erhöhen, berufsbegleitende „DaZ“-Fortbildungen für bestehende Lehrkräfte ermöglichen, Qualifikationsmöglichkeiten für Seitensteigerinnen und Seiteneinsteiger im Bereich DaZ schaffen. An allen Hochschulen des Landes sollen Lektorate „Deutsch als Fremdsprache“</p>		
--	--	---	---	--	--

			<p>eingeführt werden, an denen es möglich ist die notwendigen Kurse in Vorbereitung auf die deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang zu absolvieren.</p> <p>Wir wollen Sprachkursprogramme von Bund und Land ausweiten, sodass Flüchtlingen Zugang zu einem Sprachkurs ab dem ersten Tag ermöglicht wird.</p> <p>Wir wollen ausländische Berufsabschlüsse schneller anerkennen und Nachqualifizierungen ermöglichen.</p> <p>Arbeitsmarkt</p> <p>Wir wollen folgende Maßnahmen umsetzen, damit Menschen sinnstiftend und existenzsichernd arbeiten können: in einem Modellversuch sollen Menschen, die an einer Umschulung erfolgreich teilgenommen haben, einen Qualifizierungszuschuss erhalten. Ist der Modellversuch im Land erfolgreich, wollen wir uns für eine bundesweite Einführung einsetzen.</p> <p>Berufsausbildungen, die nach landesrechtlichen Vorschriften geregelt sind, wie die Altenpflege-Ausbildung oder die Ausbildung zur Erzieherin und zum Erzieher, müssen für Arbeitssuchende auch im dritten Ausbildungsjahr gefördert werden – auch wenn sie bereits eine Berufsausbildung abgeschlossen haben.</p> <p>Kommunen sollen (Langzeit-) Arbeitslose sozialversicherungspflichtig anstellen und mit Aufgaben betrauen können, die für die soziale oder kulturelle Teilhabe vor Ort wichtig sind.</p> <p>Das Land soll sich mit der Förderung der Lohn- und Sachkosten an der Finanzierung der Stellen beteiligen.</p> <p>Umschulungen sollen auch mittels digitalen Lernens in „virtuellen Klassenzimmern“ möglich werden.</p> <p>Berufsausbildungen, die nach landesrechtlichen Vorschriften geregelt sind, wie die Altenpflege-Ausbildung oder die Ausbildung zur Erzieherin und zum Erzieher, müssen für Arbeitssuchende auch im dritten Ausbildungsjahr gefördert werden – auch wenn sie bereits eine Berufsausbildung abgeschlossen haben.</p>		
--	--	--	--	--	--